

Er scheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementpreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich 22.50...

Berliner Volks-Zeitung mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Abend-Ausgabe

Freitag, 29. Januar 1909

Haupt-Expedition: SW. Berliner Straße 46/49. Telefon: Amt L. Nr. 1013-1018. Filialen: Berlin, 41. Köpenicker Str. 1.

Chef-Redakteur: Karl Volkmar, Berlin W. Berolin. Druck: Rudolf Woffe, Berlin SW.

„Stubenarrest.“

Wenn ein gewöhnlicher Sterblicher bis hinaus zum Feldwebel etwas vertritt, was ihn mit dem Strafgesetzbuch in Berührung bringt, so hat er Gefängnis oder Zuchthaus zu erwarten. Nur bei einigen Delikten, zum Beispiel dem Verstoß, kann es Festungshaft sein. Freilich sind die meisten Betroffenen schon keine gewöhnlichen Sterblichen mehr in landesüblicher Sinne. Sie gehören zu der höheren Klasse der „Satisfaktionsfähigen“, und das Urteil wird von vielen für eine staatsrechtliche Einrichtung angesehen, trotzdem das Strafgesetzbuch so rüchmig ist, den Streitkampf unter die unerlaubten Handlungen zu rechnen.

Wenn ein Unteroffizier Untergebene mißhandelt, so leidet seine Freiheitsstrafe in einer Gefängnisstrafe. Wenn aber ein Offizier, der die Pflicht hat, dafür zu sorgen, daß die Untergebenen nicht die Soldaten mißhandeln, seine Untergebene mißhandelt, also sich doppelt schwer vergeht, dann gibt es für ihn — Stubenarrest. Eine Form der „Freiheitsentziehung“, die nur für den Offizierstand erfinden ist, so daß der Offizier als Soldatenpeiniger des Gefängnisses laiden darf. Eben jetzt wird uns wieder ein Fall gemeldet, diesmal aus dem Schleswigholsteiner Infanterieregiment Nr. 84, wonach der Leutnant v. Bernhardt vom Kriegesgericht der 18. Division (unter Ausschluß der Öffentlichkeit natürlich) wegen Mißhandlung Untergebener zu acht Tagen Stubenarrest verurteilt worden ist.

Solange man noch an der Aufschauung festhält, daß die Strafe nicht bloß den Schuldigen „bessert“, sondern auch auf Dritte eine „abschreckende“ Wirkung ausüben soll, solange sollte man davon absehen, für eine bestimmte, eng umgrenzte Klasse eine davon absehbare Form der Strafe anzuwenden. Oder aber, wenn man glaubt, bei Offizieren mit dem Stubenarrest eine geringere, dann möge man diese Strafmittel auch den gewöhnlichen Sterblichen zugute kommen lassen. Dann verlagere man die Strafe auf die Soldaten und lasse ihn auch den Zivilisten zugute kommen, die sich weit weniger schuldig an ihren Zeugnissen vergangen haben, als ein Offizier, der Soldaten mißhandelt, die seinem Schutze anvertraut sind.

Korell, der Kandidat.

Der Herr Korell von der freiwirtschaftlichen Vereinigung, der in Bingen-Röhl aufgestellt ist, will sich im Falle seiner Wahl der Fraktion der freiwirtschaftlichen Partei anschließen. Diese Mitteilung hatte einem Eingeweihten Anlaß gegeben, und über Herrn Korells politische Antecedenten einige Daten zu geben, die wir in Nr. 25 unserer Blätter unter der Überschrift: „Der gebildete Böckler“ veröffentlicht haben. Hier hätten es gern gesehen, wenn jene Daten als richtig hätten wiedergegeben werden können. Dieser Bericht ist aber falsch, bzw. den intimen Freunden des Herrn Korell nicht zu entnehmen. Statt dessen lesen wir jetzt in einem Organ des freiwirtschaftlichen Blattes, daß Herr Korell nicht nur ein „Böckler“, sondern ein „Kandidat“ ist. Wir hatten den Plumber und taktlosen Angriff der „Berliner Volks-Zeitung“ auf Korell schon gelesen und stimmen auch über Vermutung über den Verfasser bei.

Wiederholt! Diese edle Empfindlichkeit, die Plumber und taktlos meint, was doch nur die reine Barbarei gewesen ist! Wenn beispielsweise Dr. Wark in den Bodorganen in der unqualifizierten barocken Weise besprochen wird, dann finden das die Bodorganen vollständig in der Ordnung. Wenn aber über einen der Bodorganen in herausragender Weise, so fast schon über Form nur mit Ehrlichkeit und Taktlosigkeit und weit nicht besser zu tun, als nach dem Verfasser zu schäffeln. Das ist, mit Verlaub, so ziemlich die lindigste Art der Polemik, die man angeblich überhaupt vermeiden will. Nicht darauf kann es unter erwachsen Männern ankommen, wer die Herrn Korell betreffenden Tatsachen mitteilt hat, sondern darauf, ob die Mitteilungen richtig sind oder nicht.

In unserem Artikel hier ist vorläufig die der Beobachtung einer. Damit seinen ersten Wahlsieger in Darmstadt führte er in scharfer Opposition nicht nur gegen die Nationalisten, sondern auch gegen die Partei der freiwirtschaftlichen Partei. Vor fast einem Jahre, als man die ersten Wunden der Bodpolitik erlebte, drohte Herr Korell mit seinem Austritt aus der freiwirtschaftlichen Vereinigung und gebärdete sich, als wolle er diese zu den Arbeitern stoßen, und als am 5. Dezember 1907 sich die freiwirtschaftlichen am Rittschicht in dem Reichstage beteiligten, verhielt er sich so, als ob er die Bodpolitik dazwischen setzen wollte, sich von jeder politischen Betätigung zurückziehen zu wollen. Herrn Naumann beachte er schon seit einigen Monaten nicht mehr.

Auf dem Auswanderer-Vereinigungs-Kongress der Vereinigung in Frankfurt a. M. im April 1908 erschien er aber wieder auf der Bühne, erklärte in einer Rede, daß man verpflichtet sei, Herrn Naumann deutlich die Meinung zu sagen, daß es mit dem Personenkult ein Ende haben müsse. Am folgenden Tage im Plenum sagte er aber gegenüber den Schatzern:

„Wie werden Naumann herauskauen, wo immer er steht.“ und abends leistete er sich bei der gemühtlichen Zusammenkunft der „Brüderlichen“ in einer Rede so scharfe Ausfälle gegen die, die mit Wark ausgeschieden waren, daß ein anderes Parteimitglied sich veranlaßt sah, ihn in der allerhöchsten Weise und mit Worten zur Rede zu stellen, die ihm kaum sehr angenehmen den Ohren gelungene haben werden. In fünf Stunden später redigierte Herr Korell alles, was er gesagt hatte.

Clorus clerium non decem: Aber wenn die bekannteren Freunde des Herrn Korell nicht imstande sind, taktische Angaben an zu überlegen, so sind ihre Schimpfwörter „plumb“ und „taktlos“ nur das Bekennnis ihrer grenzenlosen Verlegenheit.

Uebrigens bemerken wir, daß uns aus dem Wahlkreis Bingen-Röhl verschiedene Zuschriften aus liberalen Wählerkreisen zugegangen sind, aus denen hervorgeht, daß zahlreiche liberale Wähler davon Abstand nehmen wollen, Herrn Korell zu wählen, der eines so raschen politischer — Stimmungswechsels fähig ist, wie er ihm nachgewiesen worden. Wir haben jedoch diese Zuschriften auf sich beruhen lassen, weil sie dem korrekten Sinne neue Charakterzüge nicht hinzufügen. Die Anpassung unseres Blattes durch die erwähnte Briefkastennotiz des bodorganischen Organs aber macht es uns geradezu zur Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, wie bedenklich es ist, in den Reichstag noch einen Volksvertreter mehr hineinzubringen zu wollen, von dem man heute nicht genau weiß, wie er morgen politisch denken und handeln wird.

Deutsch-englische Freundschaft.

Die dargelegte Hand.

Auf die englischen Freundschaftsbezeugungen aus Anlaß des Berliner Besuchs König Eduards kommt eine bedeutungsvolle Entgegnung Deutschlands. Aus London meldet der Telegraph:

Das Reuters-Bureau erhält von einer Seite, die über die in den höchsten Kreisen Deutschlands geäußerten Anschauungen wohl unterrichtet ist, folgende Mitteilung: Der bevorstehende Besuch des Königs und der Königin von Großbritannien in der Hauptstadt des Deutschen Reichs wird dort wie im ganzen Deutschen Reich in allen Kreisen besonders sympathisch begrüßt. Hoffentlich wird dieser Besuch den gegenseitigen Mißverständnissen und Mißdeutungen, die zweier großen Nationen unweidig sind, ein Ende machen. In der Politik gibt es keine Sentimentalität; der Staat, der eigenartige Politik treibt, treibt patriotische Politik, und auf diese Weise ist England groß geworden. Die Deutschen haben das gleiche Recht und das gleiche Recht, eigenartige Politik zu treiben, und das gleiche Recht kann und darf behauptet nicht schlechter von ihnen denken. Ebenso wie Großbritannien eine Notwendigkeit, so ist ein starkes Deutschland ein Unterland des Friedens.

Es muß betont werden, daß erneutes Mißtrauen zwischen den beiden großen Nationen beiden große Nachteile zufügen muß, während beiderseitiges Einverständnis nicht nur Deutschland und Großbritannien, sondern auch der ganzen Welt die Vorteile des Friedens sichert. Die Bemerkungen des Deutschen Reiches sind unaufrichtig, da sie den Deutschen die Freundschaftsbeziehungen herzustellen, und wie die beiden Herrscher sich demnach die Hand reichen werden, so werden hoffentlich die beiden Nationen ihrem Beispiele folgen, nicht in einem Gefühl unbegründeter freudiger Erregung, sondern aus erster Überzeugung, ehrlich und aufrichtig.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese Kundgebung im Einverständnis des Reiches mit den Reichskanzler erfolgt ist. Man muß ihr zustimmen. Wenn die Nationen aufgefordert werden, dem Beispiel der Herrscher zu folgen, so wiederholen wir, daß innerhalb der großen Masse des deutschen Volkes keine einseitige Stimmung gegen England herrscht; diese Stimmung ist vielmehr lediglich von dem alldeutsch-antijemisch-agrarischen Künzler künstlich gezüchtet worden.

Nach zu Frankreich

Scheint Deutschland jetzt in freundschaftliche Beziehungen treten zu wollen. Ein Privat-Telegramm aus Wien meldet: „Die M. Fr. Fr.“ aus französischen diplomatischen Kreisen erklärt, besteht sowohl auf französischer als auch auf deutscher Seite der Gelegenheit zum Abschluß eines Vertrages über Marokko und andere Angelegenheiten. Es sei eine Annäherung zwischen beiden Mächten eingetreten, und es sollen die Schwierigkeiten beseitigt werden, die den Weg zur Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses bisher verlegt haben.

Jeder Freund des Friedens und des Fortschritts wird diese Annäherung begrüßen und ihre Verwirklichung herbeiwünschen.

Zum „Bierbrau“-Zwischenfall

Meldet ein Telegramm aus London: Ein englischer Offizier von dem librischen Kanonenboot „Sart“, das auf einem Dampfer der Hermann-Linje gehend hatte, ist in Plymouth eingetroffen und hat erklärt, daß während der letzten vier Monate auf ein halbes Duzend englische und zwei deutsche Schiffe in derselben Weise von der „Sart“ angegriffen worden ist, weil sie sich in den territorialen Gewässern befinden hätten und die ihn wegen des Verdachts des Schmutzgehalts gefahrenen Signalen, anzuhalten, nicht beachtet hätten.

Die Anexion Bosniens vor dem Parlament.

Wie aus Wien gemeldet wird, hielt der Ausschuss zur Beratung der Anexion der Lage gestern nachmittag eine Sitzung ab. Ministerpräsident Freiherr v. Bienenfeld leitete die Generaldebatte mit einem ausführlichen Exposé ein und wies nach, daß die territorialen Differenzen zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Völkern keine meritorische Bedeutung besitzen. Der Ministerpräsident besprach schließlich die Verhandlungen mit der Türkei und erklärte, es sei die Hoffnung gerechtfertigt, daß das auf Grundlage des Angebots von zwei Millionen Pfund sowie anderer der Türkei in Rücksicht gestellter Konzessionen erzielte prinzipielle Einverständnis mit der Türkei in kürzester Zeit in einem Protokoll endgültig ratifiziert sein werde, welches den beiderseitigen Legationen nach der Ratifikation unterbreitet werden solle.

Der Ministerpräsident äußerte sich auch über die Grundbesitzverhältnisse der Bosnien und der Herzegovina zu geäußerten Verfassungen und wies nach, daß diese auf vollkommen konstitutionellen und freiwirtschaftlichen Grundlagen aufgebaut sein werde. Bezüglich des Uebereinkommens mit der Türkei und der Wohlvolesung erklärte der Ministerpräsident schließlich, daß die endgültige Festlegung des Uebereinkommens in nächster Zeit zu gewärtigen sei, und daß dann den österreichischen Völkern die Vorteile auch der baldigen Beilegung der Vorklatschungen zu erwarten sei, da das freundschaftliche Verhältnis zwischen der Monarchie und der Türkei wieder hergestellt sei, auch jeder politischen Grundlage entbehre.

Die friedfertige Türkei.

Die Worte tun alles mögliche, um den Ausdruck kriegerischer Verbindungen mit Bulgarien zu verhindern. Aus Konstantinopel meldet der Telegraph: Von ministerieller Seite wurde gestern auf der Worte erklärt, die türkische Regierung habe der bulgarischen Regierung mitgeteilt, sie sei bereit, die Unterhandlungen auf der Basis einer Entschädigung von fünf Millionen Pfund wieder aufzunehmen. Nach einem heute an die Worte gelangten Telegramm hat die bulgarische Regierung die uns Erregung des Abensichtigen Erwidern zurückgegeben.

Der türkische Gesandte in Sofia erklärte im Auftrage des Großwesirs dem Ministerpräsidenten Malinow, die Worte habe niemals eine gewaltsame Grenzberichtigung geplant. Eine Grenzberichtigung würde zwar gewünscht, dadurch würde aber die finanzielle Entschädigung Bulgariens herabgemindert. Die Türkei wünsche die Streitigkeiten durch eine europäische Konferenz entscheiden zu sehen. Malinow erwiderte, die bulgarische Regierung komme mit der Türkei keine Verhandlungen führen, solange die Worte an eine territoriale Entschädigung denke.

Weiter wird aus Sofia gemeldet: Trotz der Ablehnung der Einladung zu einer Erneuerung der Verhandlungsverhandlungen seitens des Ministerpräsidenten ist eine Beförderung der Situation festgehalten. Der Minister des Auswärtigen, Papritow, hat sich einigen Diplomaten gegenüber über die Lage und die Aussichten einer Verhandlung geäußert optimistisch ausgesprochen. In den Kreisen der Diplomaten herrscht die Ansicht vor, daß in der nächsten Zeit eine Lösung der Krise zu erwarten sei.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

gibt folgende Erklärung in Sachen des Reichstagsbeschlusses ab, von dem wir gestern abend Mitteilung gemacht haben: Durch ein behauerliches Versehen eines in der Budgetkommission anwesenden Fraktionskollegen sind Mitteilungen aus einer als vertraulich bezeichneten Verhandlung der Kommission veröffentlicht worden. Dieser Vorgang führte zu Entsetzungen in der Budgetkommission, die ebenfalls als vertraulich erklärt wurden. Von letzteren Entsetzungen hat der „Vorwärts“ Notiz genommen, da in dem ihm darüber zugegangenen Bericht der vertrauliche Charakter dieser Verhandlungen nicht erwähnt war. Wir stellen fest, daß die Fraktion es von jeher für selbstverständlich gehalten hat, daß über vertrauliche Institute keine Mitteilungen gemacht werden, weshalb die Fraktion diese beiden Wortkommissee lebhaft bedauert.

Neue Unruhen in Persien.

Aus Teheran wird gemeldet: Im Süden Persien sind erneut Unruhen ausgebrochen. In Quisur haben Aufständische den Gouverneur verwundet und seine Leiden entsetzt. In Schiras hat die Menge die Fassade der Bank des Schahs geplündert. In Kaschan ist eine starke regierungseindliche Bewegung ausgebrochen. In der Nähe von Tabriz haben Reiter der Regierung zwei Dörfer eingenommen und die Verbindung mit Schirvan abgeschnitten.

Petersburg, 28. Januar. Der finnländische Landtag ist nach Helsinki auf den 3.16. Februar d. J. einberufen.

Konstantinopel, 28. Januar. Der Zwischfall an der Mittelmeerküste scheint beendet. Ein Angehöriger des Reichsmilitärs beurteilt das disziplinäre Vergehen der Militärkader und fordert alle Schüler, die sich nicht lösen, zum Austritt aus der Akademie auf. Der Direktor der Akademie und mehrere Lehrer haben ihre Entlassung eingereicht.

Lissabon, 28. Januar. Der spanische Gesandte Merry de Val ist hier eingetroffen.

Savanna, 28. Januar. Nachdem nunmehr der neue Präsident Gomez in feierlicher Weise in sein Amt eingesetzt wurde, erfolgte die Wahl des bisherigen amerikanischen Gouverneurs Magono und aller Beamten der provisorischen Regierung.